



# PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 11.01.2024

## Frisches Geld für den Flughafen?

Nein Danke! Wie wäre es stattdessen für Bildung und Digitalisierung!?

**D**er heute (11.01.2024) in der LVZ erschienene Artikel thematisiert die Millionenverluste der Mitteldeutschen Flughafen AG, insbesondere jene der Flughafen Leipzig/Halle GmbH und die damit verbundene Gefährdung der Unternehmensfortführung. Über Jahre hinweg war dieser Zustand sehr gut prognostizierbar, denn die Indizien, die darauf hinwiesen, waren evident: Kumulierte Jahresfehlbeträge in Millionenhöhe, permanente Zuschüsse ins Eigenkapital, eine nicht marktadäquate Gebührenordnung, ein dauerhaft rückläufiges Passagieraufkommen sowie unvorteilhafte Verträge mit der DHL und ein seit Jahren rückläufiger Welthandel. Die gestiegenen Baukosten, die derzeit hohen Zinssätze und das ausbleibende BIP-Wachstum stellen zudem den Ausbaubedarf deutlich in Frage. Insofern handelt es sich nicht lediglich um einen Sanierungsfall eines im öffentlichen Besitz stehenden Unternehmens, sondern vor allem um Staatsversagen, für dessen Folgekosten der sächsische Steuerzahler aufkommen muss. Der lärmbelastende Flugbetrieb hat sich längst zu einer finanziellen Krise gewandelt. Wir

hatten seit Jahren darauf hingewiesen. In unserem monatlich erscheinenden Fluglärmreport, im Dialogforum Flughafen Leipzig-Halle (in welchem wir aus Protest nicht mehr vertreten sind), in unserer von der Landesregierung abgelehnten Petition und nicht zuletzt in unseren Broschüren „Arbeitsplatzreport“ und „Kein weiterer Ausbau des Frachtflughafens Leipzig/Halle“, die wir in großer Auflage gedruckt und versendet haben.

Ein wesentliches Merkmal von Staatsversagen ist die ineffiziente Ressourcenallokation. Es kann dafür keinen besseren Beleg als das vorliegende Sanierungsgutachten geben. Darüber hinaus muss aber auch das fehlende Rechtsstaatsprinzip endlich in aller Deutlichkeit diskutiert werden. Das Rechtsstaatsprinzip besagt, dass sämtliches Handeln des Staates auf dem Fundament der Verfassung vollzogen werden muss. Auch die Verwaltungsvorschriften müssen den Rahmen für staatliches Handeln vorgeben. Die Sächsische Haushaltsordnung nennt in § 7 explizit die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, welche bei der Aufstellung und Ausführung des

*Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ ist eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.*



# PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 11.01.2024

Haushaltsplanes zwingend zu beachten sind. Die Staatsregierung hatte sich darum sehr wahrscheinlich niemals bemüht, denn anders ist es nicht zu erklären, dass die Subventionszahlungen, insbesondere an die Flughafen Leipzig/Halle GmbH, im Zeitablauf nicht degressiv ausgelaufen sind, sondern über Jahre hinweg auf hohem Niveau beibehalten wurden. Weiterhin soll der Ausbau des Flughafens auf Biegen und Brechen durchgeführt werden, obwohl der Bedarf nicht da ist. In diesem Zusammenhang werden die enormen Zusatzkosten infolge gestiegener Baukosten ignoriert und es werden zudem Kompensationsgelder an Städte und Gemeinden gezahlt, die fluglärmbelastet sind. Und wie ja unlängst bekannt, wurde auch das Management der Flughafen AG fürstlich dafür belohnt, dass es die Gefährdung der Unternehmensfortführung herbeigeführt hat. Mit marktadäquaten Start- und Landeentgelten könnten durchaus Mehreinnahmen erzielt werden, aber stattdessen wurden diese kostenneutral verändert. Wahrscheinlich ist das Management dafür nicht mal verantwortlich, denn einiges spricht dafür, dass die Staatsregierung vor Jahren sehr unvorteilhafte und langfristige Verträge mit der DHL ausgehandelt hat. Bedauerlicherweise gilt

das Haftungsprinzip nicht für grob fahrlässige Verwaltungshandlungen.

Dennoch blicken wir positiv in die Zukunft und haben die Hoffnung, dass die nun für jeden offenkundig gewordenen finanziellen Probleme der Mitteldeutschen Flughafen AG ein Umdenken der Staatsregierung bewirken. Die demografische Entwicklung und der damit einhergehende Fachkräftemangel (auch darauf hatten wir in unserer Argumentation zur Petition bereits hingewiesen) werden den finanziellen Spielraum des Sächsischen Staatshaushaltes deutlich einschränken, denn zukünftige Transferzahlungen müssen finanziert werden, auch dann, wenn der Anteil der werktätigen Bevölkerung immer kleiner wird. Das Land Sachsen kann es sich nicht mehr leisten, das Betriebsergebnis der DHL dauerhaft zu optimieren. Mit dem Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle würde aber genau das eintreten, denn die DHL möchte ihre variablen Kosten durch den Einsatz großer Frachtmaschinen reduzieren und benötigt dafür mehr Stellplätze. Das ist der alleinige Grund für den geplanten Ausbau. Stattdessen sollte das Land Sachsen seine knappen Ressourcen in

*Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ ist eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.*



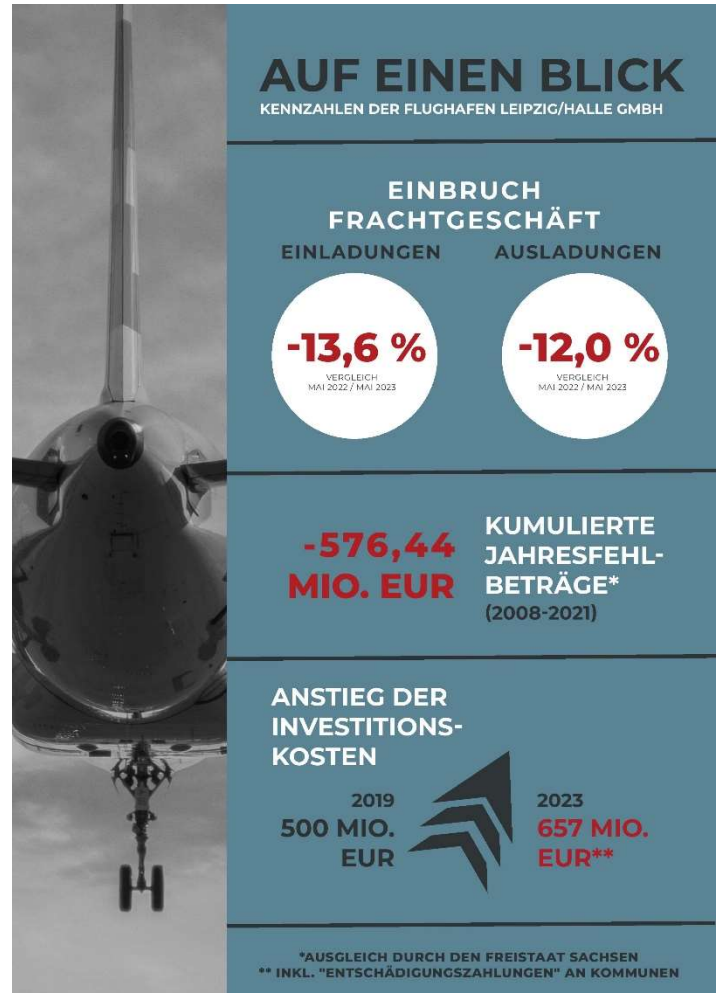
# PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 11.01.2024

Bildung und Digitalisierung investieren. Beide Bereiche haben einen hohen Investitionsbedarf und beide werden dafür notwendig sein, den demografischen Effekten entgegenzuwirken.

**Matthias Zimmermann**  
Pressesprecher  
BI "Gegen die neue Flugroute"

Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute"  
Postfach 26 01 10  
04139 Leipzig  
[pressefluglaermleipzig@t-online.de](mailto:pressefluglaermleipzig@t-online.de)



Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ ist eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.